

# Vierkampf um die Schulpflege

Corona verhinderte Urnengang im Mai – so beginnt der Abstimmungskampf mit einem Podium von neuem.

Fabian Hägler

«Jedes Modell ist nur so gut wie die Personen, die an der jeweiligen Position sitzen.» Das sagte eine Besucherin des Podiums über die Abschaffung der Schulpflege im Aargau, das am Donnerstagabend im Rathaussaal in Wettingen stattfand. Andert-halb Stunden zuvor hatte Bildungsdirektor Alex Hürzeler bei der Einführung gesagt: «Es ist wichtig, dass Sie nicht nur aufgrund eigener Erfahrungen mit Schulbehörden abstimmen.»

In der Zeit zwischen Hürzellers Referat und der Fragerunde der spärlich erschienenen Besucher versuchte Hans Fahrländer, früherer Chefredaktor der AZ, als Podiumsmoderator die Argumente der Gegner und Befürworter herauszuschälen. Dabei ergaben sich vier Kernpunkte.

## Welches Modell bringt mehr Demokratie?

Gegner und Befürworter einer Schulpflege-Abschaffung operieren im Abstimmungskampf mit der Aussage, ihr Modell sei demokratischer. Auch auf dem Podium war diese Frage heftig umstritten. Grünen-Grossrätin Ruth Müri ist im Stadtrat Baden für die Bildung zuständig und möchte die Schulpflege abschaffen. Sie argumentierte, wenn der Gemeinderat künftig auch die strategische Verantwortung für die Schule habe, könnten Stimmbürger an der Gemeindeversammlung direkt Einfluss nehmen und Fragen stellen.

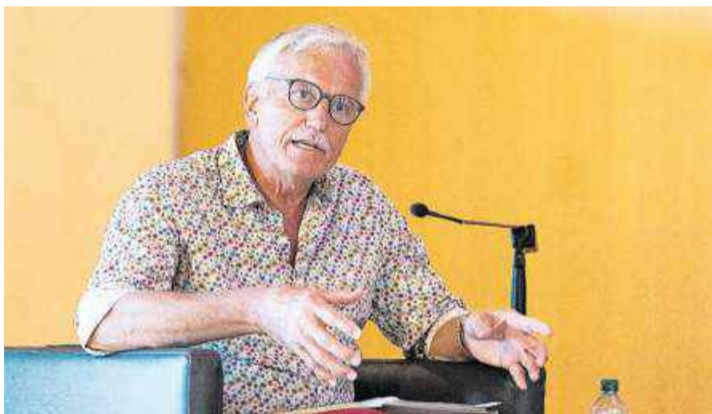
René Steiger ist Schulpflegepräsident in Oberrohrdorf und möchte seine Behörde erhalten. Heute wird die Schulpflege vom Volk gewählt. Wenn sie abgeschafft werde, entscheide der Gemeinderat, ob sich eines seiner Mitglieder, die Schulleitung oder eine beratende Kommission um die Schule kümmere, sagte Steiger. «Der Stimmbür-



Erhalten: Maya Bally, CVP-Grossrätin und alt Schulpflegepräsidentin.



Abschaffen: Ruth Müri, Grünen-Grossrätin und Bildungs-Stadträtin.



Erhalten: René Steiger, Schulpflegepräsident Oberrohrdorf.



Abschaffen: Michaela Huser, SVP-Grossrätin Bilder: Severin Bigler

ger kann nicht mehr entscheiden, wer das tun soll, das ist ein Abbau von Demokratie.»

## Braucht die Schule eine eigene Lobbyorganisation?

SVP-Grossrätin Michaela Huser ist auch für die Abschaffung der Schulpflege. Sie findet es nicht mehr zeitgemäss, dass es für die Schule eine zusätzliche Behörde gibt. So wie andere Ressorts, zum Beispiel Bau oder Soziales, könnten die Belange der Schule vom Gemeinderat wahrgenommen werden. Dies, weil sich die 2006 eingeführten Schulleitungen um die operative Führung der Schulen vor Ort kümmerten.

Maya Bally, CVP-Grossrätin und ehemalige Schulpflegepräsidentin in Hendschiken, verteidigt die Schulpflege. Häufig sei

das Bildungsbudget der grösste Ausgabeposten, die Schule sei ein wichtiger Standortfaktor einer Gemeinde und verdiene deshalb mit der Schulpflege eine eigene Lobby. Mit der Abschaffung ergebe sich kein Mehrwert für Schüler, Eltern, Lehrpersonen und die Gemeinde.

## Kann eine Kommission die Schulpflege ersetzen?

Ruth Müri sagt, der Gemeinderat könne sich Experten aus verschiedenen Fachgebieten wie Kommunikation, Rechtsfragen oder Psychologie in eine beratende Schulkommission holen. Diese Personen müssten nicht in der Gemeinde wohnen, deshalb sei die Auswahl grösser. «Sie könnten Schulleitung und Gemeinderat unterstützen.»

Maya Bally entgegnet, schon mit dem heutigen System gebe es bei grösseren Projekten eine Baukommission für neue Schulhäuser, zudem stünden der Schulpsychologische Dienst und eine Rechtsberatung zur Verfügung. Sie sehe keinen Vorteil in einer solchen Kommission, das Argument der Gegner sei «sehr weit hergeholt.»

## Mit oder ohne Schulpflege: Was ist günstiger?

René Steiger sagt: «Schafft man die Schulpflege ab, muss man die Schulleitungspensen aufstocken.» Das Geld, das mit einer Abschaffung frei werde – im ganzen Kanton 6,5 Millionen Franken, in Oberrohrdorf 35 000 Franken – reiche jedoch nicht, um dies zu bezahlen.

Michaela Huser geht davon aus, dass die Abschaffung kostenneutral sei. Die Gemeinden könnten entscheiden, wie sie das freiwerdende Geld einsetzen. Zudem hofft sie auf effizientere Abläufe, wenn es ohne Schulpflege künftig eine Schnittstelle weniger gebe.

Bildungsdirektor Alex Hürzeler sagt auf Nachfrage der AZ, die freiwerdenden 6,5 Millionen Franken dürften nicht für Schulleitungspensen verwendet werden. Die Pensen der Schulleiter würden unabhängig davon um zehn Prozent erhöht. Hürzeler sieht mit der Abschaffung der Schulpflege keine zusätzlichen Aufgaben auf die Schulleitungen zukommen, wenn die strategische und operative Führung korrekt aufgeteilt sei.

Fahrländer

## Nun also mit Lehrplan 21

Versteckt hinter Maskenpflicht und Abstandsregeln ist am Montag mit dem ersten Tag des neuen Schuljahres eine kleine Revolution passiert: Als letzter Schweizer Kanton hat der Aargau den Lehrplan 21 für die Volksschule in Kraft gesetzt. Es ist der erste überkantonale Lehrplan und er gilt in allen Deutschschweizer und zweisprachigen Kantonen – allerdings mit der Lizenz der Kantone zu Anpassungen. Was hat uns dieses Dokument doch für Streit und Aufregung beschert! Wie leidenschaftlich wurde der Untergang der guten alten Schule an die Wand gemalt! So musste das Aargauer Volk 2017 zuerst eine Initiative auf Nichteinführung bodigen, obwohl die Lehrplan-Hoheit ja nicht beim Volk, sondern bei der Regierung liegt. Und nun diese Stille, dieser fast unmerkliche Start mit dem neuen Lehrplan. Fast etwas surreal.

Nachdem das Volk 2009 das «Bildungskleeblatt», die grosse Reform seines Vorgängers Rainer Huber verworfen hatte, trat der neue Bildungsdirektor Alex Hürzeler auf die Bremse. Er beschloss unter anderem, das interkantonale Schulkonkordat «Harmos» (Harmonisierung der obligatorischen Schule) gar nicht dem Parlament zu unterbreiten. Er versprach aber, die wichtigsten strukturellen und inhaltlichen Harmonisierungsschritte der Kantone trotzdem mitzutragen. Die strukturellen Anpassungen passierten mit dem Reformpaket «Stärkung der Volksschule», welches das Volk 2012 annahm und welches unter anderem die sechsjährige Primarschule brachte. Nun folgt mit dem Lehrplan 21 noch die inhaltliche Harmonisierung. Das Hürzeler-Versprechen ist damit nach elf Jahren eingelöst.

Die Erfahrungen aus den übrigen Kantonen zeigen: Die ganz grosse Revolution findet mit dem Lehrplan 21 nicht statt. Vor allem um den überladenen Begriff der «Kompetenzen» wurde im Vorfeld ein zu grosses Aufheben gemacht. Nur weil man den Lernzielen ein «Die Schülerinnen und Schüler können...» voransetzt, verschwinden die Lernziele selber ja nicht. Dies allerdings stimmt: Weil sich die Welt immer schneller dreht, ist die Stoffmenge, welche die Volksschulkinder heute zu bewältigen haben, riesig. Auch gute Lehrkräfte schaffen es kaum, alles durchzunehmen. Die wahre Gefahr für die Schule liegt ohnehin nicht im Lehrplan, sondern im Mangel an ausreichend qualifizierten Lehrkräften.



Hans Fahrländer  
hans.fahrlander@chmedia.ch

## Aargauerplatz

Covid-19 ist für die Aargauer Parteien eine grosse Herausforderung. Wie fasst man da die Parolen für den 27. September? Jetzt sucht die CVP Aargau ganz neue Wege. Sie startet am 17. August mit der ersten von sieben halbstündigen abendlichen öffentlichen Zoomsitzungen. Als Erstes geht es dabei um die SVP-Begrenzungsinitiative. Man darf auf die digitale Parolenfassung gespannt sein. (mku)

Sicher gegen die Begrenzungsinitiative ist SP-Nationalrat und -Präsident in spe Cédric Wermuth. Wie seine Haltung zu einer anderen europapolitischen Frage war, bleibt aber offen: «Für eine Maturaarbeit möchten die von mir wissen, welche Haltung ich 1992 in der Partei zum EWR vertrat», schreibt Wermuth auf Twitter. Das sei «so rührend wie verstörend», schreibt er dazu. Die Erklärung: Wermuth war damals 6-jährig und im Kindergarten. (fh)

## Erst Ja, dann Nein, dann Stimmfreigabe

Freisinnige können sich bei der Parolenfassung zum Vaterschaftsurlaub nicht einigen.

Haarscharf war es. Mit 33 zu 32 Stimmen fassten die Teilnehmer der Parteiversammlung der FDP Aargau die Ja-Parole zum zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub, über den im September abgestimmt wird. Es gab Lacher im Saal und ungläubige Blicke. Schliesslich fragte ein Anwesender in der Mehrzweckhalle in Aarburg: Stimmt das wirklich? Also entschied Präsident Lukas Pfisterer: «Stimmen wir doch nochmals ab.» Beim zweiten Durchgang lautete das Ergebnis: 31 Ja- zu 33 Nein-Stimmen. Nun war die Verwirrung in der Halle perfekt. Schliesslich sagte Pfisterer: «Darf ich Ihnen vorschlagen, dass wir Stimmfreigabe beschliessen?» Dagegen hatte schliesslich niemand etwas einzuwenden.

Dem Entscheid war eine längere Debatte vorausgegangen. Den Auftakt machte Claudia

Hauser, Vizepräsidentin der Kantonalpartei. «Ich stelle mich nicht gegen einen Urlaub für Väter, damit sie nach der Geburt zu Hause sein können. Doch ich finde: Wir brauchen einen Elternurlaub. Das wäre die fortschrittlichere Lösung.»

Damit war die Debatte lanciert. In der Folge wechselten sich die Voten ab, es wurde darüber diskutiert, was Unternehmen teurer zu stehen kommen würde: Ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub oder aber die Konsequenzen, wenn man, als eines der einzigen Länder in Europa, eben gerade keinen solchen einführen würde.

Schliesslich meldete sich Nationalrat Matthias Jauslin zu Wort: Er hätte auch gerne einen Elternurlaub gehabt. Doch dieser wurde im nationalen Parlament abgelehnt. Deshalb würde er sich für diese Lösung einset-

zen: «Wir sind im Jahr 2020. Wenn wir auf unsere Plakate schreiben, dass wir uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen, müssen wir jetzt ein Zeichen setzen.»

Dem wiederum widersprach Sabina Freiermuth, Fraktionspräsidentin der FDP im Grossen Rat: «So ein wichtiges Thema ist nicht dazu da, um Zeichen zu setzen. Eine richtige Lösung muss her. Und das ist der Elternurlaub.» Einig wurden sich die Freisinnigen nicht.

Der Vaterschaftsurlaub war der einzige Punkt, der in einer sonst unaufgeregten Parteiversammlung für Diskussionen löste am ehesten noch das laute Rauschen im Saal aus, das jedes Mal dann aus den Boxen dröhnte, wenn zwischen den Rednern das Rednerpult inklusive Mikrofon desinfiert wurde.

Zu zwei Abstimmungen, zur Begrenzungsinitiative der SVP auf nationaler Ebene und zur kantonalen Vorlage über die Abschaffung der Schulpflege, hatte die Geschäftsleitung der FDP Aargau wegen der Coronapandemie bereits die Parolen beschlossen. Die Begrenzungsinitiative lehnt die FDP ab, die Abschaffung der Schulpflege wird befürwortet.

Und auch bei zwei weiteren nationalen Abstimmungen, der Vorlage zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und der Konzernverantwortungsinitiative, die aber erst im November an die Urne kommt, war die Lage klar: Zu den Kampfflugzeugen wurde am Parteitag einstimmig die Ja-, zur Konzernverantwortungsinitiative einstimmig die Nein-Parole beschlossen.

Raphael Karpf